



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Habilitationsordnung des Fachbereichs 4 - Kunst, Musik, Gestaltung - der Universität - Gesamthochschule - Paderborn

Universität Paderborn

Paderborn, 1985

urn:nbn:de:hbz:466:1-28095

UNIVERSITÄT - GESAMTHOCHSCHULE - PADERBORN

AMTLICHE MITTEILUNGEN

Hrsg.: Rektorat der Universität-Gesamthochschule-Paderborn

Habilitationsordnung
des
Fachbereichs 4 - Kunst, Musik, Gestaltung -
der
Universität - Gesamthochschule - Paderborn

Jahrgang 1985

4.12. 1985 Nr. 12

Habilitationsordnung
des
Fachbereichs 4 - Kunst, Musik, Gestaltung -
der
Universität - Gesamthochschule - Paderborn
vom 4. 12. 1985

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 95 Abs. 5 des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (WissHG) vom 20. November 1979 (GV.NW. S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GV.NW. S. 800) hat die Universität Gesamthochschule - Paderborn die folgende Habilitationsordnung als Satzung erlassen:

§ 1

Allgemeines

(1) Die Habilitation ist der förmliche Nachweis der Befähigung zur selbständigen Vertretung eines wissenschaftlichen Faches in Forschung und Lehre (Lehrbefähigung).

(2) Im Fachbereich 4 Kunst, Musik, Gestaltung ist die Habilitation in den folgenden Fächern möglich:

- 1) Musikwissenschaft
- 2) Didaktik der Musik
- 3) Didaktik der Kunst

Als Habilitationsfach ist auch ein selbständiges größeres Teilgebiet eines dieser Fächer zulässig.

§ 2

Habilitationsvoraussetzungen

Voraussetzung für die Zulassung zur Habilitation ist,

- 1.) daß der Bewerber einen Doktorgrad einer deutschen Hochschule oder einen als gleichwertig anerkannten ausländischen Grad besitzt und daß er seine besondere Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit durch die Qualität seiner Promotion nachgewiesen hat. (Die Gleichwertigkeit ausländischer Examina wird durch die von der Kultusministerkonferenz und der Westdeutschen Rektorenkonferenz gebilligten Äquivalenz-Vereinbarungen festgestellt. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit ist die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zu hören.),
- (2) daß der Bewerber nach der Promotion in der Regel mindestens zwei Jahre im Fach, für das er sich zu habilitieren wünscht, in Form von Publikationen und selbständig erarbeiteten Lehrveranstaltungen wissenschaftlich gearbeitet hat.

§ 3

Habilitationsleistungen

Habilitationsleistungen sind

- 1) die Habilitationsschrift (§ 4)
- 2) der Habilitationsvortrag (§ 5)
- 3) das Kolloquium (§ 6)..

§ 4

Habilitationsschrift

(1) Die Habilitationsschrift ist eine selbständige wissenschaftliche Arbeit aus dem Fachgebiet, für das die Habilitation angestrebt wird. Sie muß einen überzeugenden Beitrag zur wissenschaftlichen Erkenntnis darstellen, der deutlich über den einer Dissertation hinausgeht. Waren an den der Habilitationsschrift zugrundeliegenden Forschungen mehrere Wissenschaftler beteiligt, so muß der Beitrag des Habilitationbewerbers abgrenzbar sein und nach Umfang und Leistung einer eigenständigen Habilitationsschrift entsprechen.

(2) Anstelle einer Monographie können mehrere Publikationen vorgelegt werden. Dies gilt nicht, wenn die Habilitationsschrift ausschließlich aus Anteilen an Gruppenarbeiten besteht. Die einzelnen Veröffentlichungen müssen insgesamt einer Habilitationsschrift i. S. von Abs. 1 gleichwertig sein. Die Dissertation gilt nicht als Publikation i.S. von Satz 1.

§ 5

Habitationsvortrag

(1) Der Habitationsvortrag ist ein wissenschaftlicher Vortrag über ein Thema, das dem Fachgebiet entstammen muß, für das die Feststellung der Lehrbefähigung angestrebt wird. Er dauert in der Regel 45 Minuten.

(2) Das Thema des Vortrages soll nicht der Habilitationsschrift entstammen.

§ 6

Kolloquium

Das Kolloquium schließt sich unmittelbar an den Habitationsvortrag an. Es wird als wissenschaftliche Diskussion über den Vortrag und über Probleme des Fachs geführt, für das die Lehrbefähigung festgestellt werden soll. Das Kolloquium soll in der Regel nicht länger als eine Stunde dauern,

§ 7

Antrag auf Zulassung

(1) Der Antrag auf Zulassung zum Habilitationsverfahren ist beim Dekan einzureichen. In dem Antrag ist das Fachgebiet anzugeben, für das der Bewerber die Feststellung der Lehrbefähigung anstrebt.

(2) Dem Antrag sind beizufügen:

- a) eine Erklärung des Bewerbers, daß ihm die geltende Habilitationsordnung bekannt ist,
- b) eine Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs,
- c) die Zeugnisse über Hochschulprüfungen,
- d) die Promotionsurkunde bzw. die Urkunde über einen gleichwertigen akademischen Grad,
- e) die Habilitationsschrift in (jeweils) fünf Exemplaren,
- f) eine Erklärung des Antragstellers, daß er die Habilitationsschrift selbständig verfaßt hat,
- g) im Falle einer Habilitationsschrift, die gem. § 4 Abs. 1, Satz 3 aus den Forschungen einer Gruppe hervorgegangen ist, Angaben über die Namen, akademischen Grade und Anschriften der beteiligten Wissenschaftler, sowie ein gemeinsamer Bericht der Verfasser über den Verlauf der Zusammenarbeit, der den Beitrag des Kandidaten zu der gemeinsamen Arbeit erkennen läßt. Der Bericht muß ferner darüber Auskunft geben, ob diese Wissenschaftler bereits selbst ein Promotions- oder Habilitationsverfahren beantragt und dabei Teile der vorgelegten Arbeit für ihre eigenen Habilitationsverfahren vorgelegt haben;
- h) ein Verzeichnis der selbständig gehaltenen Lehrveranstaltungen,
- i) eine Publikationsliste mit Belegexemplaren,
- j) eine Erklärung des Antragstellers über alle früher oder gleichzeitig beantragten Habilitationsverfahren mit vollständigen Angaben über deren Ausgang.

(3) Je ein Exemplar der Habilitationsschrift und der Schriften, auf die sich der Habilitationsantrag stützt, soll im Dekanat verbleiben.

15 Exemplare der Habilitationsschrift sollen nach erfolgreichem Abschluß des Habilitationsverfahrens an die Hochschulbibliothek abgegeben werden. Wird die Habilitationsschrift im Druck veröffentlicht, so reduziert sich die Abgabe der Pflichtexemplare an die Hochschulbibliothek auf ein Belegexemplar. Die restlichen Exemplare werden dem Bewerber zurückgegeben, soweit die Gutachter sie nicht beanspruchen. Die sonstigen eingereichten Schriften werden dem Bewerber zurückgegeben. Die übrigen Unterlagen verbleiben im Dekanat.

§ 8

Eröffnung des Habilitationsverfahrens

(1) Der Dekan prüft, ob der Fachbereich die Lehrbefähigung in dem angegebenen Fach feststellen kann (§ 1 Abs. 2), ob der Bewerber die Voraussetzungen nach § 2 erfüllt und ob der Antrag auf Zulassung zum Habilitationsverfahren vollständig ist (§ 7 Abs. 1 u. 2).

(2) Ist die Fachrichtung, der das Thema der schriftlichen Habilitationsleistung zuzuordnen ist, nicht im Fachbereich 4 Kunst, Musik, Gestaltung der Universität-Gesamthochschule-Paderborn vertreten, so stellt der Fachbereichsrat dies fest und lehnt den Antrag ab. Der Dekan teilt dem Bewerber die Ablehnung durch einen schriftlichen und zu begründenden Bescheid mit. In diesem Fall gilt das Habilitationsverfahren als nicht eingeleitet und damit als nicht gescheitert.

(3) Ist der Antrag unvollständig, so setzt der Dekan dem Bewerber eine angemessene Frist zur Vervollständigung der Unterlagen.

(4) Ist der Antrag unvollständig und bringt der Bewerber die fehlenden Unterlagen auch nicht innerhalb der Frist nach Abs. 3 bei, so lehnt der Dekan den Antrag ab und unterrichtet den Fachbereichsrat. Dem Bewerber teilt er die Ablehnung durch einen schriftlichen und zu begründenden Bescheid mit. In diesem Fall gilt das Habilitationsverfahren als nicht eingeleitet und damit als nicht gescheitert.

(5) Sind die Unterlagen vollständig und die übrigen Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllt, so beschließt der Fachbereichsrat über die Eröffnung des Habilitationsverfahrens. Der Beschluß ist nicht gegen die Stimmen der Mehrheit der Professoren des Fachbereichs im Sinne des § 49 Abs. 1, Ziff. 4, Buchstabe a WissHG und derjenigen anderen Mitglieder des Fachbereichsrats möglich, die habilitiert sind.

(6) Lehnt der Fachbereichsrat die Eröffnung des Verfahrens ab, unterrichtet der Dekan den Bewerber durch schriftlichen Bescheid und begründet darin die Ablehnung.

(7) Die Dauer des Verfahrens soll 12 Monate nicht überschreiten. Der Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens ist aktenkundig zu machen. Der Dekan benachrichtigt den Rektor, die Dekane der anderen Fachbereiche und den Bewerber über die Eröffnung des Verfahrens.

(8) Der Fachbereichsrat bestellt unverzüglich die Habilitationskommission. Der Dekan beruft die Habilitationskommission ein.

§ 9

Zusammensetzung der Habilitationskommission

(1) Die Habilitationskommission besteht aus fünf Professoren im Sinne des § 49 Abs. 1, Ziff. 4, Buchstabe a WissHG, von denen mindestens drei dem Fachbereich angehören müssen, sowie einem promovierten wissenschaftlichen Mitarbeiter und einem Studenten mit abgeschlossenem Grundstudium. Der Fachbereichsrat kann bis zu zwei weitere Professoren in die Kommission berufen.

(2) Die Professoren müssen Fächer vertreten, von denen aus eine kompetente Beurteilung der Habilitationsleistungen möglich ist.

(3) Stimmberechtigt sind die Mitglieder der Kommission im Sinne des § 49 Abs. 1, Ziff. 4, Buchstabe a WissHG sowie ihre anderen Mitglieder, sofern sie habilitiert sind. Die Habilitationskommission wählt eines ihrer Mitglieder zu ihrem Vorsitzenden. Der Vorsitzende muß Professor im Sinne von Satz 1 sein und dem Fachbereich angehören.

§ 10

Bestellung der Gutachter

(1) Die Habilitationskommission bestellt drei Gutachter, von denen mindestens einer nicht der Universität-Gesamthochschule-Paderborn angehören soll. Die Gutachter müssen den Bedingungen des § 92 Abs. 1, Satz 2 WissHG entsprechen. Vorschläge des Bewerbers können berücksichtigt werden. Zwei der Gutachter müssen der Habilitationskommission und wenigstens einer dem Fachbereich 4 Kunst, Musik, Gestaltung angehören.

(2) Die Habilitationskommission kann weitere Gutachter bestellen.

§ 11

Frist für die Erstellung der Gutachten

Die Frist für die Fertigstellung der Gutachten beträgt sechs Monate. In begründeten Ausnahmefällen kann der Fachbereichsrat diese Frist auf höchstens neun Monate verlängern.

§ 12

Auslage der Habilitationsschrift

(1) Nach Eingang der Gutachten liegt die Habilitationsschrift mit den Gutachten für die Dauer von drei Wochen im Dekanat aus. Fällt davon mehr als eine Woche in die vorlesungsfreie Zeit, so verlängert sich die Frist auf insgesamt fünf Wochen. Der Dekan gibt die Auslage der Habilitationsschrift mit der Auslagefrist bekannt.

(2) Die Habilitationsschrift ist während der Auslage allen Mitgliedern und Angehörigen der Hochschule zugänglich. Die Gutachten sind während dieser Zeit den Mitgliedern der Habilitationskommission, den Professoren des Fachbereichs und dem Rektor zugänglich. Diese Personen haben das Recht, innerhalb von zwei Wochen nach Ende der Auslagefrist eine schriftliche Stellungnahme abzugeben, die den Unterlagen des Verfahrens beizufügen ist.

§ 13

Annahme der Habilitationsschrift

(1) Die Habilitationskommission entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung unter Berücksichtigung der Gutachten und Stellungnahmen mit der absoluten Mehrheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder über die Annahme der Habilitationsschrift. Stimmenthaltung ist unzulässig.

(2) Wird die Annahme der Habilitationsschrift abgelehnt, ist das Habilitationsverfahren gescheitert. Der Vorsitzende der Habilitationskommission unterrichtet den Dekan und dieser den Bewerber durch schriftlichen Bescheid, in dem der Beschluß der Kommission zu begründen ist. Dabei soll dem Bewerber der wesentliche Inhalt der Gutachten mitgeteilt werden.

§ 14

Mündliche Habilitationsleistungen

(1) Ist die Habilitationsschrift angenommen, schlägt der Bewerber drei inhaltlich verschiedene Themen für den Habilitationsvortrag vor. Die Habilitationskommission wählt ein Thema aus und setzt im Einvernehmen mit dem Dekan und dem Bewerber den Termin für Vortrag und Kolloquium fest.

(2) Zum Habilitationsvortrag lädt der Dekan den Rektor, die Mitglieder des Senats, der Habilitationskommission und des Fachbereichsrats, die Gutachter sowie die Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter des Fachbereichs ein. Die weitere Hochschulöffentlichkeit wird in geeigneter Form auf den Vortrag hingewiesen.

(3) Das Kolloquium ist, wenn der Habilitand nicht widerspricht, hochschulöffentlich. Es wird vom Vorsitzenden der Habilitationskommission geleitet und zunächst zwischen dem Habilitanden und der Habilitationskommission geführt. Mit Einwilligung des Habilitanden kann der Vorsitzende den Kreis der Diskussionsteilnehmer erweitern.

§ 15

Feststellung der Lehrbefähigung

(1) Die Habilitationskommission beschließt in nichtöffentlicher Sitzung unmittelbar im Anschluß an das Kolloquium über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistungen und stellt damit die Lehrbefähigung fest. Der Beschluß bedarf der absoluten Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder der Kommission. Stimmenthaltung ist unzulässig.

(2) Sofern die Kommission bei der Bestimmung des Fachgebietes, für das sie die Lehrbefähigung feststellt, vom Antrag des Bewerbers abweichen will, ist er vorher zu hören.

(3) Lehnt die Habilitationskommission die Annahme der mündlichen Habilitationsleistungen ab, so ist eine einmalige Wiederholung von Habilitationsvortrag und Kolloquium im darauffolgenden Semester möglich. Die Habilitationskommission kann dem Bewerber in diesem Falle zur Auflage machen, weitere Themen für den Vortrag vorzuschlagen.

(4) Wird die Annahme der mündlichen Habilitationsleistungen erneut abgelehnt, so ist das Verfahren gescheitert. Der Vorsitzende unterrichtet den Dekan und dieser den Bewerber durch schriftlichen Bescheid, in dem der Beschluß der Kommission zu begründen ist. § 13 Abs. 2, Satz 3 gilt entsprechend.

(5) Im Falle des Scheiterns kann das Habilitationsverfahren einmal und frühestens nach einem Jahr wiederholt werden. Für das Wiederholungsverfahren gelten die vorstehenden Bestimmungen.

(6) Mit der Feststellung der Lehrbefähigung ist das Habilitationsverfahren abgeschlossen. Der Dekan zeigt dem Rektor die vollzogene Habilitation an. Der Habilitierte erhält vom Dekan eine Urkunde über die Feststellung der Lehrbefähigung. Sie enthält folgende Angaben:

- die wesentlichen Personalien des Habilitierten,
- das Thema der Habilitationsschrift
- die Bezeichnung des Fachgebiets, für das die Lehrbefähigung festgestellt worden ist,
- die Bezeichnung des Fachbereichs, in dem die Lehrbefähigung festgestellt worden ist,
- das Datum der Beschlußfassung über die Habilitation,
- die Unterschriften des Dekans und des Rektors,
- das Siegel der Hochschule.

(7) Der Fachbereichsrat entlastet die Habilitationskommission auf der Grundlage eines schriftlichen Abschlußberichts des Kommissionsvorsitzenden.

§ 16

Verleihung der Lehrbefugnis

(1) Der Habilitierte hat das Recht, beim Fachbereich einen Antrag auf Verleihung der Lehrbefugnis (Venia legendi) für das Fachgebiet zu stellen, für das seine Lehrbefähigung festgestellt worden ist. Über den Antrag entscheidet der Fachbereichsrat mit einfacher Mehrheit. Der Antrag darf nur aus Gründen abgelehnt werden, die die Ernennung zum beamteten Professor gesetzlich ausschließen.

(2) Über die Verleihung der Lehrbefugnis erhält der Habilitierte eine Urkunde, die das Fachgebiet bezeichnet, vom Rektor und Dekan unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität-Gesamthochschule-Paderborn versehen ist. Mit dem Tage der Aushändigung der Urkunde ist deren Inhaber berechtigt, die Bezeichnung "Privatdozent" zu führen.

§ 17

Rechte und Pflichten des Privatdozenten

(1) Spätestens in dem Semester, das der Aushändigung der Urkunde folgt, stellt sich der Privatdozent der Hochschulöffentlichkeit durch eine Antrittsvorlesung vor, zu der der Dekan einlädt.

(2) Der Privatdozent hat das Recht und die Pflicht, in jedem Semester mindestens eine zweistündige Lehrveranstaltung aus seinem Fach zu halten sowie Prüfungen abzunehmen. Der Rektor kann auf Empfehlung des Fachbereichs für ein Semester eine Unterbrechung der Tätigkeit des Privatdozenten genehmigen.

§ 18

Erweiterung der Lehrbefähigung

(1) Die Feststellung der Lehrbefähigung kann auf Antrag des Habilitierten erweitert werden.

(2) Für das Verfahren gelten die §§ 1 - 17 entsprechend. Die Kommission nach § 9 kann auf Teile der vorgeschriebenen Leistungen verzichten.

§ 19

Erlöschen der Lehrbefähigung

(1) Die Feststellung der Lehrbefähigung wird widerrufen, wenn die Habilitation durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung oder durch in wesentlichen Punkten unvollständige Angaben erlangt wurde.

(2) Die Entscheidung darüber treffen der Fachbereichsrat und das Rektorat im Einvernehmen, wobei dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

§ 20

Erlöschen und Entzug der Lehrbefugnis

(1) Die Lehrbefugnis erlischt

1. bei schriftlichem Verzicht des Privatdozenten,
2. mit dem Wirksamwerden der Berufung an eine andere wissenschaftliche Hochschule,
3. mit dem Widerruf der Feststellung der Lehrbefähigung.

(2) Die Lehrbefugnis wird entzogen,

1. wenn der Privatdozent in zwei aufeinanderfolgenden Semestern ohne wichtige Gründe keine Lehrveranstaltung gehalten hat,
2. wenn der Privatdozent seine fachlichen Aufgaben als Mitglied der Universität-Gesamthochschule-Paderborn trotz Anmahnung nicht wahrnimmt,
3. wenn Gründe vorliegen, die bei einem Beamten auf Lebenszeit zur Entlassung oder Entfernung aus dem Dienst führen würden.

(3) Die Entscheidung zu (1) und (2) treffen der Fachbereichsrat und das Rektorat im Einvernehmen, wobei dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

§ 21

Umhabilitation

(1) Wer an einem entsprechenden Fachbereich oder einer entsprechenden Fakultät einer anderen wissenschaftlichen Hochschule rechtskräftig habilitiert ist, kann auf Antrag die Lehrbefugnis im Fachbereich 4 Kunst, Musik, Gestaltung der Universität-Gesamthochschule-Paderborn erhalten. In diesem Fall wird in der Regel auf zusätzliche Habilitationsleistungen ganz oder teilweise verzichtet. Sofern zusätzliche Habilitationsleistungen erbracht werden sollen, finden die Bestimmungen dieser Ordnung sinngemäß Anwendung.

(2) Über einen entsprechenden Antrag ist unverzüglich vom Fachbereichsrat zu entscheiden.

§ 22

Inkrafttreten

Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Gemeinsamen Amtsblatt des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (GABL.NW) in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fachbereichsrats des
Fachbereichs 4 - Kunst, Musik, Gestaltung - vom 04.09.1985 und
des Senats der Universität - Gesamthochschule - Paderborn vom
13.11.1985 und der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft
und Forschung des Landes Nordrhein - Westfalen vom 27.11.1985
Az.: I B 2 - 8181/110.

Paderborn, den 4.12.85

Der Rektor

Friedrich Buttler
(Prof. Dr. Friedrich Buttler)